

Frage einer internationalen Widerstandsklasse für sie brennend wird. Der deutsche Verband ist denn doch über den Verdacht erhaben, als wolle er sich jener moralischen Pflichten entziehen, die er stets bei allen Ländern in der Stunde der Gefahr bewiesen hat. Wir wollen die Internationalität nicht fallen lassen, wünschen aber nur, es möge in Zukunft das internationale Sekretariat eine größere Unterstützung finden und reale Grundlagen schaffen, auf denen sich das letzte Stadium der Entwicklung, internationale Kassen, wohnlich einrichten kann. Die Internationalität muß bei Gewerkschaften von höheren materiellen Voraussetzungen ausgehen als dies bisher der Fall war und der Fall sein konnte. Für eine internationale Widerstandsklasse mit wirklich praktischer Bedeutung ist auch der Beitritt Englands und Frankreichs unerläßlich. Beschlüsse sind eben sehr leicht gefaßt, können diese aber nicht lebensfähig und nutzbar für Alle gemacht werden, dann schaden wir mit einem Sprung ins Dunkle, wie in diesem Falle, dem internationalen Gedanken mehr als wir ihm nützen. Die Redaktion.

Ein klassisches Wort.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Hamburg, den 11. Oktober 1896. An die Redaktion des Corr. Ersuche Sie, umstehende Erklärung in der nächsten Nummer des Corr. zum Abdruck zu bringen. Sollten Sie diesem Ersuchen keine Folge geben, dann werde ich mein Recht zu finden wissen. Achtungsvoll Robert Klantke.

Erklärung.

Mein Artikel „Zur Sepmachinenfrage“ in Nr. 119 des Corr. wird durch folgenden Satz eingeleitet: „Es ist wirklich an der Zeit, daß endlich im Corr. auch denjenigen Fragen ein Augenmerk zugewandt wird, die uns weit wichtiger als die Geschäftsfäre sein müssen.“

Ich muß es ablehnen, hierfür eine Verantwortung zu übernehmen. Dieser Satz ist nicht aus meiner Feder geflossen. Der Artikel, wie ich ihn der Redaktion überhandte, begann folgendermaßen:

„Es ist wirklich an der Zeit, daß endlich im Corr. ein anderer Ton angeschlagen, ein andres Lied gesungen wird. Wir sind jetzt bis zum Ueberdruß „belehrt“ worden, daß die „Wacht“ Leute in Bezug auf den Verband verworfene Subjekte sind und ihr Treiben ein hochverrätherisches ist. Uebrigens wundert mich aber doch die Erregtheit der betreffenden Artikelschreiber. Wenn wirklich diese Leute solche schlechte Kollegen sind als wie sie uns geschildert werden und die Herausgabe der V.-B. eine verwerfliche That ist: Der Kollege müßte ja, gerade herausgesagt, damit klar sein, der solchen Leuten Heresie folgen leisten würde. — Also, mit diesen Belehrungen halte man endlich auf. Die V.-B. hört daraufhin nicht auf zu erscheinen, die Ausschüsse werden damit nicht rückgängig gemacht und die „Verführten“ sind nun einmal so starrköpfig, an ihrer Meinung, als der richtigen, festzuhalten. Die Zeit wird ja lehren, wer Recht hat. Und die sich dann nicht belehren lassen wollen, werden von den Verhältnissen mit der Nase darauf gestoßen. Beschäftigen wir uns also lieber mit Sachen, bei denen wir uns wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden und die in ihren Konsequenzen für uns von folgenreicher Bedeutung sind. Dann arbeiten wir alle zum Wohle des Verbandes.“

Das ist etwas wesentlich andres als das in dem obigen von der Redaktion beigelegten Satze Gesagte.

Ich hätte jedoch schließlich die Streichung ohne Gegenrede hingenommen, wenn nicht in derselben Nummer des Corr. ein Artikel (Wer trägt die Schuld?) enthalten wäre, der wieder mit persönlichen Kimpelen gespickt ist, nur mit dem Unterschiede, daß diesmal zur Abwechslung die Angriffe von oppositioneller Seite erfolgen. Danach ist das Ende in den persönlichen Anpassungen noch nicht abzusehen, denn besagter Artikel wird jedenfalls gleiche Entgegnungen hervorrufen. Ich muß nun offen gestehen, daß, wird in dieser Weise noch lange fortgefahren, eineerspaltung des Verbandes allerdings sehr leicht die Folge sein kann.

Eine Redaktion, die ernstlich gewillt ist, den heftigen Widerstreit der Meinungen zu befähigen und ein einiges, friedliches Zusammenarbeiten aller Mitglieder zu ermöglichen, muß, nach meinem Dafürhalten, alles vermeiden, das geeignet wäre, der persönlichen Hay neue Nahrung zuzuführen, sie muß in geschickter Weise die Diskussion namentlich auch auf solche Fragen zu lenken suchen, bei denen augenblicklich ein Hand in Hand gehen aller Mitglieder noch möglich ist. Dann werden wir uns auch bei der mit der Zeit eintretenden ruhigeren Abwägung der Dinge über die jetzt heiß umstrittenen Punkte einig werden.

Die Redaktion, welche es verstände, in diesem Sinne zu wirken und der es gelänge, die uns so störende Einigkeit wieder herzustellen, würde sich den Dank aller Mitglieder erwerben.

Das ist meine Meinung von der Sache.

Hamburg.

Robert Klantke.

Wir haben die Zuschrift des Herrn Robert Klantke trotz ihrer brüskten Provozierung an der Stirnseite wörtlich abgedruckt, erstens, weil wir uns nicht wiederholt in den Verdacht bringen wollen, die Meinungsfreiheit zu

unterdrücken, zweitens, weil die vorstehende „Erklärung“ wohl als klassischer Beweis für die Unklarheit dienen kann, welche leider noch allzu sehr in den Köpfen verschiedener Mitglieder spukt. Wir sind der unmaßgeblichen Meinung, daß ein Artikel, der die Sepmachinenfrage behandelt, doch verfehlt wenig mit dem Ausschüsse, der V.-B. und mit der Frage zu thun hat, ob die Anhänger der Opposition „dämlich“ sind oder nicht. Herr Klantke meint ja selbst: „Beschäftigen wir uns lieber mit Sachen, bei denen wir uns wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden“ und da wir dieser Auffassung zustimmen konnten, strichen wir den Eingang seines Artikels, weil dieser nach unserm Dafürhalten das „Zusammenfinden“ aus neuer erschweren mußte und wir uns mit dem Verfasser glaubten im Einverständnis zu befinden. Wir haben uns da bitter getrübt und wir hätten ruhig dem Herrn Klantke „sein Recht zu finden“ überlassen, wenn gerade seine Zuschrift nicht einen so hochwillkommenen Beitrag für die Beurteilung der im Verbands tobenden Streitfragen abgeben würde.

Der Hamburger Kollege hätte sich „schlichtlich“ mit der Streichung einverstanden erklärt, wenn nicht in derselben Nummer des Corr. ein Artikel („Wer trägt die Schuld?“) enthalten wäre, der wieder mit persönlichen Kimpelen gespickt ist. Herr Klantke scheint ganz zu vergessen, daß im Corr. jedes Mitglied des Verbandes das Wort nehmen kann.

Statt nun Anerkennung dafür zu ernten, daß die Redaktionsgeschäfte unparteiisch geführt werden, statt zuzugeben, daß die von vornherein unbegründeten Beschäftigungen einer einseitigen Behandlung der schwebenden Streitfragen im Corr. hinfällig geworden und die V.-B. insolge dessen das allerentsprechendste Mittel der Welt ist, statt den Mut zu bewundern, den der Redakteur besitzt, in dem von ihm geleiteten Organe verlangen zu lassen, er möge sein Bündel schnüren und die „heilige Verpflichtung“ respektieren, einem Andern Platz zu machen, statt sich der That sache zu erinnern, daß der frühere Redakteur die ihm unangenehm Einseitigkeiten in den Papieren wandern ließ und die betreffenden zur Beschränkung an die Generalversammlung verwies, statt dessen wird der Redaktion der willkürlich vom Baune gebrochene Vorwurf gemacht, sie habe nicht den ernstlichen Willen, ein einiges, friedliches Zusammenwirken aller Mitglieder zu ermöglichen.

Faßt Herr Klantke die Aufgaben der Redaktion dahin auf, daß wir die ordinärsten Beschimpfungen der Verbandsleitung stillschweigend abdrucken, daß wir überhaupt den Corr. zu einem Organ von Oppositionsagnaden degradieren sollen, der tagtäglich jeden Hieb stillschweigend einzustechen hat, bloß damit mit Ach und Krach eine „Einigkeit“ zu stande kommt, die schlimmer wäre wie der gegenwärtige Zustand? Nein, ehrlich soll entstehen werden, was höher gelten soll: die Nachsicht eines Einzelnen oder das Interesse der Organisation. Wo man notorisch auf den Untergang des Verbandes hinarbeitet, da nennen wir die Dinge beim richtigen Namen, und wenn das nicht so recht „befriedigend“ klingt, so ist das doch nicht unsere Schuld? Wenn, wie Sie schreiben, die „Verführten“ nun einmal starrköpfig an ihrer Meinung „als der richtigen“ festhalten, und wir also mit unseren Belehrungen aufhalten sollten, wie können Sie da in demselben Augenblicke verlangen, die Redaktion solle ein einheitliches, friedliches Zusammenarbeiten aller Mitglieder ermöglichen, da Sie doch voraussetzen müssen, daß wir „starrköpfig“ und pflichtgemäß auf dem durch die Generalversammlung geschaffenen Rechtsboden bleiben werden? Wie denken Sie sich da eine friedliche Einigung? Uebrigens reden wie nie von einer ehrlichen Opposition, welche die Beschlässe respektiert, sondern von einer Opposition, die ihre eignen Interessen sowie den Bestand der ganzen Organisation preisgeben gewillt ist, wenn sie nur als Siegerin auf dem Zimmerschiffen bleibt, und deren starke und einzige Triebkraft Haß und Nachsicht ist.

Wir haben in unserm Appell an die Mitglieder bei der Uebernahme der Redaktion keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir nach unseren Kräften beitragen wollen zur Förderung der Verbandsinteressen, zur Aufklärung und Beruhigung der Mitglieder, zur Schaffung eines Zustandes, der uns wieder finden läßt in der gemeinsamen Arbeit für ein gemeinsames Ziel. Wenn wir bisher in diesem Sinne so gut wie gar keine Unterstützung bei den Mitgliedern fanden, so läßt uns das noch nicht verzweifeln, daß aber das Palladium der Freiheit und Unabhängigkeit des Verbandes, die Pressefreiheit und deren strenge Handhabung, uns als erschwerter Vorwurf angerechnet werden könnte, das geht denn doch noch über den Altkas bekannten Ausdruck hinaus. Wie stellt sich Herr Klantke denn eine „Befähigung“ der widerstreitenden Meinungen vor, wenn ein Mitglied schreibt: „ganz gemeines Radegeßel“ hat den Zentralvorstand zum Ausschüsse veranlaßt. Hätte da die Redaktion vielleicht sagen sollen: „Na, ganz gemein wie es wohl nicht, wir wollen lieber sagen, es war bloß gemein.“ — Es kann doch nur im Interesse der Redaktion liegen, wenn derartige Polemiken vermieden werden; werden sie aber beliebt, so können wir nichts daran ändern, aber das mag sich dann Herr Klantke und alle diejenigen, welche es angeht, merken: Nicht durch rückgratloses, calglattes Schlingeln wollen wir den brennenden Fragen aus dem Wege gehen, nicht ein Konkubinat mit der Opposition wollen wir, sondern klar und bestimmt wollen wir die Wege kenn-

zeichnen, die uns zusammenführen können — und diese Wege heißen: Unterordnen unter die Beschlüsse der Organisation. Hält Herr Klantke eine verschwommene, süßliche Redaktion für die Herbeiführung einer Einigung unter den Mitgliedern für besser, ist das seine Auffassung — wir halten uns dafür nicht befähigt. Bleiben wir also aus der „Erklärung“ des Herrn Klantke die Konsequenzen: Es soll ein einheitliches, friedliches Zusammenwirken der Mitglieder herbeigeführt werden; dies kann nur geschehen, wenn Einsendungen wie: „Wer trägt die Schuld?“ nicht aufgenommen werden, damit der Stoff zu persönlichen Kimpelen versiegt. Werden aber diese Artikel nicht aufgenommen, dann erblicken die Mitglieder hierin eine Beschränkung der Pressefreiheit — und der Krach und Spektakel ist erst recht da. In dem einen wie in dem andern Falle sind dann hieran nicht die Mitglieder schuld — sondern die Redaktion, die es nicht versteht, die nötige Einigkeit wieder herzustellen. Eine solche Konsequenz schließt sich würdig derjenigen von gewisser Seite an, wo gesagt wird: Fort mit Döblin und den reaktionären „Landräuten“. Nun hat Schröder-Stuttgart diesen Wunsch beherzigt und ist gegangen. Wie heißt es nun: „Seht, nun hat er den Karren in den Dreck geschoben, jetzt sollen ihn Andere wieder herausziehen!“ Also: Ob die Kollegen geben oder bleiben, ist ganz egal, jedenfalls ist es gewissen Leuten nicht recht. Und solch stupide Redereien werden als Logik gepredigt.

Werner Herr Klantke, „eine Redaktion, welche es verstände, in diesem Sinne zu wirken“, muß geradezu ein Konstrukt von Nichtigkeit sein. Können Sie vielleicht geeignete Vorschläge machen? D. Red.

Korrespondenzen.

K. Bremen, 11. Oktober. Die heutige Bezirksversammlung verdient in den Annalen des hiesigen Bezirksvereins registriert zu werden. Eine solche Spannung in den beiden Lagern der Kollegenchaft ist, trotzdem der gute parlamentarische Ton in den Versammlungen schon längst der Vergangenheit angehört und nicht mehr ein solcher ist, wie man ihn von Buchdruckern erwarten sollte, wohl noch nicht zu verzeichnen gewesen. Die Festigkeit der Tarifgegner gegen unsern Gausvorsitzer hat einen solchen Siebegrad erreicht, daß an ein friedliches Zusammenwirken in Versammlungen kaum noch zu denken ist. Die Mehrzahl der Kollegenchaft hält sich von den Versammlungen fern und schmolzt über das ausfallende Gebaren einiger Oppositionskente. Es soll hier aber auch konstatiert werden, daß die Opposition durch Angriffe auf Persönlichkeiten stark gereizt wird. In der heutigen Versammlung entlief sich die angehäufte Spannung in heftiger Weise, hervorgerufen durch einen von 27 Mitgliedern gestellten Antrag betr. Stellungnahme zu dem Ausschüsse des Kollegen Kochanski, welcher auf Antrag des Bezirksvorstandes wegen Agitation für die V.-B. vom Gausvorsitz ausgeschlossen wurde. Die Kollegen Donath und Rhein, letzterer in längerer und begründeter Rede, traten kräftig für K. ein, indem sie betonten, daß eine Agitation für das erwählte Blatt doch keine Statutenverletzung involviere. Gausvorsitzer Rosenlehner rethorisierte die Handlungsweise des Gausvorstandes, indem der Ausschluß auf Grund des § 3 Abs. 4 erfolgt sei, außerdem K. durch zwei Schreiben des Bezirksvorstandes aufgefordert sei, sich jeder Agitation zu enthalten, dieser Aufforderung aber nicht nachgekommen resp. eine Erklärung verweigert habe. Wüßte die Versammlung beschließen was sie für gut befände, der Ausschluß werde nicht eher rückgängig gemacht, bevor K. nicht die Erklärung abgibt, sich jeder Agitation gegen die Verbandsinteressen zu enthalten. Im Laufe der Debatte traf zur Unterstützung der Opposition ein Telegramm aus Wilhelmshafen-Bant, unterzeichnet „Gutenberg-Bant“, ein, welches gegen den Ausschluß K.s protestiert, aber zu sehr den Eindruck „bestellt“ machte, um Stimmung zu machen. Der als Gast anwesende Kollege Kochanski legte sein Verhalten klar und betonte, daß er immer treu zur Fahne gehalten und in diesem Falle, wo er für ein Blatt Propaganda machte, das seine Ansichten über die Tarifgemeinschaft besser als der Corr. vertrete, keine Statutenverletzung erblicken könne, er sich deshalb auch nicht genötigt sehe, eine Erklärung abzugeben. Es wurde nun über folgende Resolution abgestimmt, die im Laufe der Debatte eingegangen war: „Die heutige, von etwa 60 Mitgliedern besuchte Bezirksversammlung protestiert gegen den Ausschluß ihres Kollegen und langjährigen getreuen Mitgliedes und fordert vom Vorstande die schleunige Zurücknahme dieser weitgehenden Maßregel. Im weitern verpflichten sich die Anwesenden, für den neugeschaffenen Tarif jeberzeit einzutreten. Rühnakt.“ Diese Resolution wurde mit 35 Stimmen angenommen und war somit eine Resolution Hofmann, die die Protestler auf den Instanzenweg verwies, gegenstandslos geworden. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurden außer Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl eines Bezirksvorsitzes, welche auf Kollege Hebrs fiel, und Aufstellung von Kandidaten als Gausvorsitz für die übrigen Punkte der Tagesordnung zurückgestellt.

—st. Bremen. In dem Generalversammlungsprotokoll S. 81, Z. 15 v. o., findet der staunende Leser über den diesseitigen Gau folgenden Passus: „... Aus Gegenden, welche froh sein könnten, wenn der Tarif eingeführt würde, ich nenne Nordwest, Pommern, Ost- und Westpreußen und einen Teil von Pommern.“ Ein Delegierter aus Breslau ließ sich folgendermaßen vernehmen und betrat

mit dieser Hypothese ein ganz verblüffendes Vertrauen mit den tatsächlichen Verhältnissen im Gau Nordwest, allwo von jeder in tariflicher Hinsicht die besten Erfolge zu verzeichnen waren, wie ja auch der neue Tarif am Bororte wie in der Provinz keine unbekannte Größe blieb. Dem betr. Kollegen war wohl nie das Glück beschieden, Einblick in hiesige Zustände thun zu können, denn sonst hätte er wissen müssen, daß man sich hierzulande gerne behaut, mit den rückständigsten Gauen auf eine Stufe gestellt zu werden. Schließlich noch eine Anfrage an den Kollegen Schlag: Ist der Tarif in Ihrem Gau allenthalben zur Durchführung gelangt?

Fortmund. Der hiesige Ortsverein veranstaltet am 21. November ein Herbstkänzchen und ist damit zugleich eine beschlossene Feyer des 25jährigen Berufs Jubiläums der Kollegen Hugo Esser und Franz Capelle verbunden. Wir laden schon jetzt hierdurch die Kollegen des Bezirkes hierzu ein und hoffen, recht viele von ihnen am betreffenden Tage hier begrüßen zu können.

* **Leipzig.** Während wir noch alle Tage der Meinung sind, daß ein Gewerksverein seinen Mitgliedern die Garantie für eine den ausgesetzten Forderungen entsprechende Entlohnung und Behandlung und bei vorhandener Arbeitslosigkeit wenn auch nicht das „Recht auf Arbeit“ — so doch die gleichen, wenn nicht sogar günstigere Chancen für eine Stellung bietet, so gibt es doch Arbeiter, die eine entgegenstehende Auffassung haben oder wenigstens dies vorgeben und nach diesen beschränkten Gesichtspunkten ihre Handlungen einrichten. Wollen wir auch nicht verkennen, daß hier oder dort einmal ein Kollege besonders „Pech“ haben kann und längere Zeit konditionlos herumliegen muß, oder gar wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation ausgespart worden ist, so hat daran aber doch der Gewerksverein keine Schuld, sondern diejenigen Gehilfen, die eben in ihrer Verblöndung dem Betreibe den Rücken kehren. Es ist darum auch folgende Umdeutung charakteristisch genug, um hier Abdruck zu finden. Leipzig, 12. Oktober 1896. Hierdurch zur Mitteilung, daß ich unter heutigem bei der Firma G. in Konfektion getreten bin. Ich habe umsonstiger Bedenken gehabt (wegen meiner weitem Mitgliedschaft), als ja auch in der ebenfalls blodierten Offizin von W. Verbandsgehilfen angefangen haben. Sollte jedoch trotzdem ein Unterschied zwischen den beiden betreffenden Offizinen gemacht werden, so habe ich zu erklären, daß ich unter den heutigen Verhältnissen meine jetzige Kondition der Verbandszugehörigkeit und damit zugleich der damit verbundenen Arbeitslosigkeit vorziehe. „Vielleicht stellen sich noch einmal andere als die „heutigen Verhältnisse“ ein, wo diesem sahnensüchtigen Kollegen wieder die Verbandszugehörigkeit sehr angenehm wäre. Nur ist glücklicherweise unsere Organisation kein Taubenschlag, wo der einzelne Gehilfe so recht nach seinen Bedürfnissen aus- und einsteigen kann, sondern eine Organisation wie die unsre, welche die Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen als die Hauptbedingung auf seinem Programm hat und auch danach handelt, braucht vielmehr ganze Gewerkschaftler und kann daher auf eine solche Größe, die sich, nebenbei bemerkt, in letzter Zeit nicht radikal genug geberden konnte, gern verzichten.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Die „Buchbinder-Zeitung“ zieht über unsere achtzellige Notiz in Nr. 119 in rund 106 Zeilen vom Leder. Wir bemerken hierzu: Wenn die B.-Z. sich über die Vorgänge des betr. Prozesses in wahrheitsgetreuer Weise informieren wollte, so hätte sie das offizielle Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, den Corr., als Quelle benutzen können. Sie hat es vorgezogen, die „Wacht“ zu wählen. Das ist ihr gutes Recht. Wenn wir der B.-Z. aber dann sagen, du hast — ohne Absicht — Lügen abgedruckt, so wird durch eine 106 Zeilen lange Abwehr daran nichts geändert. Daß wir als kampflustig bezeichnet werden, ist uns sehr schmeichelhaft, wir gebeten auch, so lange es notwendig ist, nach allen Seiten des barzutun. Wer die Vorgänge in unserer Organisation loyal behandelt, dem sind wir jederzeit dankbar, besonders unsern Schwägern gegenüber, aber wenn die „zärtlichen Verwandten“ mit „soll“ und „wenn“ und „aber“ verbrämte Unwahrheiten eines auf Verleumdung basierenden Blattes nachdrucken, dann hört die Gemüthlichkeit auf, und da befinden wir uns — trotzdem die B.-Z. das Gegenteil versichert — im Einverständnis mit der Gesamt-Kollegenchaft.

Und da soll kein grober Keil darauf? „Sollte es aber wahr sein, daß der Corr. seit dem Abgange des Herrn Gash einer Zensur untersteht, oder sollte die Redaktion die Aufnahme verweigern, oder Streichungen vornehmen, oder die Aufnahme ungebührlich lange hinausziehen, dann erblicke ich das Manuscript unfruchtbar zurück.“ — Dies der begleitende Wortlaut zu einem voluminösen Artikel, der von den durch Döblin geschändeten Idealen und Zielen der Organisation spricht. Nun, der Herr Einsender mag sich beruhigen, sein Artikel wird ohne Streichungen baldmöglichst aufgenommen, daß aber trotz wiederholter Erklärung unferstets derartige Sätze überhaupt noch gedruckt werden können, lassen uns vermuten, daß — System darin liegt, und daß das Ganze verdammt nach bestellter Arbeit riecht. Wir können es ja begreifen, wie fürchtbar unangenehm es für gewisse Leute

ist, daß die Redaktion keine Entsendungen zurückweist, und daß deshalb die Falschfäßen Posten aus dem Requisitionskammerleiten moralischer Kommissanten nicht heraus können. Den offenen und versteckten Feinden können wir aber versichern, daß wir vor keinem Strauße mit ihnen zurückschrecken, sofern wir es im Interesse der Sache für notwendig finden. Unsere befreundeten gesundheitslichen Verhältnisse erlauben uns das.

Etwas für solche, denen es not thut. Der Abgeordnete Bebel hat auf dem Götter Parteitage keinen Zweifel darüber gelassen, was mit denen geschehen würde, die sich den Versuch leisten sollten, Uneinigkeit oder Bessplittierung in der Partei hervorzuheben. Er meinte, und die Zuhörer stimmten ihm unter lebhaftem Beifalle zu: „Derjenige, der sich bekommen ließe, die Partei ausinanderzureißen, oder nur den Versuch dazu zu machen, der wäre der erste, der aus der Partei hinausfliegt.“ Das „Programm“ der Opposition und deren Thätigkeit in diesem Sinn ist freilich kein Versuch zur Auseinanderreißung des Verbandes. Ja, ja, wenn zwei daselbe thun —! — Ein weiterer Ausbruch Bebel's verdient ebenfalls eine Verheißung in den betr. Kreisen den Buchdruckern gegenüber. Bebel äußerte: „Wenn man in den betr. Kreisen der Genossen nicht besser einsteht, wie man den Trades-Unions gegenüber sich zu verhalten hat, dann werden wir allerdings noch länger darauf warten können, daß diese von sozialistischem Geist erfüllt werden.“

Der Deutsche Buchdruckerverein hat dem Bundesrat auch etliche Wünsche in bezug auf die Organisation des Handwerks unterbreitet. Danach sollen u. a. als Handwerksbetriebe diejenigen gelten, welche Lehrlinge ausbilden, ferner das Schriftlehrgewerbe in das Bezugsnetz der Zwangsinnungen aufgenommen werden. Mehrheitsbeschlüsse gegen Bildung einer Innung sollen keine Gültigkeit haben, die Befugnisse der Gesellenauschüsse „in angemessenen Grenzen“ gehalten, den Innungen die Verwaltung der Innungsrankstellen in der bisherigen Weise gesichert werden. Die Handwerksauschüsse und freien Innungen sollen getrennt, bezw. die ersteren nur da zugelassen werden, wo keine Innungen vorhanden, dagegen die Innungsvorstände obligatorisch gemacht und möglichst über das ganze Reich ausgedehnt werden. — Wie hieraus ersichtlich, ist das ganze auf den genannten Verein ausgelegt. Man könnte sich nur dann damit einverstanden erklären, wenn den Arbeitern nicht nur ein „angemessener“, sondern ein ihrer Bedeutung im Betrieb entsprechender Einfluß eingeräumt würde.

Das ungarische „Licht“, Organ der dortigen Opposition, hat an dem Wiener Vorwärts konservative Mäuren entbitt, weil der letztere am Schluß eines Artikels gegen die Lehrlingsausbeutung den „Rabulismus“ unter deutschen und ungarischen Kollegen, der sich in persönlichen Feindseligkeiten innerhalb der eigenen Kreise äußert, sehr richtig einschätzt und zur Zurückstellung desselben sowie zur gemeinsamen Bekämpfung der Krebschäden im Gewerbe auffordert. Wenn sich die ungarische Opposition dann noch schmiedelt, mit der deutschen in Parallele gestellt zu sein, so kennt sie entweder die deutschen Verhältnisse nicht oder — sie sind einander würdig und der Wiener Vorwärts hat mit seiner Ermahnung das Richtige getroffen. Der Vorwärts stellt sich nicht urteillos — wie das ungarische Oppositionsblatt meint — auf die Seite der Mehrheit der deutschen Kollegen, weil sie (die deutsche Kollegenchaft) einen Mann besitzte, der, gegen Taktik und Disziplin verstößend, das Recht, einen von der Allgemeinheit zu vergebenden Vertrauensposten inne zu haben bewirkt hat, sondern unser Wiener Bruderverein steht mit seiner Anschauung — soweit es den Bruderverein in Deutschland betrifft (über den ungarischen wollen wir hier wegen zu geringer Kenntnis der internen Verhältnisse kein Urteil fällen) — auf dem Boden des Rechtes und mit der Bekämpfung dieses Rechtsgrundfahes können sich auch die oppositionellen Kollegen Ungarns keine Sympathien erwerben.

Nach dem Allgemeinen Anzeiger für Druckereien ist kürzlich entschieden worden, daß die Firmen-Angabe auf Druckfahen, als unter das Gesetz, den unlauteren Wettbewerb fallend, strafbar ist, wenn die als Lieferant angegebene Firma nicht selbständig Buchdruckerei betreibt. Diese Bestimmung läßt sich leider durch Anschaffung einer Tiegeldruckpresse leicht umgehen; sie müßte dahin lauten, daß es strafbar ist, wenn jemand auf einer Druckfah, die er nicht selbst hergestellt hat, sich als Drucker bezeichnet.

In Frankfurt a. M. hat sich ein „Verein Frankfurter Buchdruckerbetrieber“ gebildet. In den Vorstand wurden gewählt Eugen Nagel als Vorsitzender, ferner Gg. Adelmann, G. Geiber, Peter Korn und G. Wagner.

Über die Bewegung im graphischen Gewerbe in Hannover wird gemeldet, daß die Buchbinder der Firma Osterwald die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, bei Schäfer vier, bei Altmann sämtliche Lithographen und Steindrucker künftigen. Bei König & Ehardt wollte man die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, aber den Steindruckern und Lithographen bei Löhnen über 26 Mk. 2/2, bezw. 5 Proq. abgeben. Auch den Buchdruckern soll die eine Warte, welche sie seit Juli als Entschädigung für den nicht bewilligten Neunstundentag erhielten, wieder genommen werden. Das gesamte Personal hat gefürchtet. Nobler zeigt sich die Firma Molling & Co. Sie hatte aus denselben Gründen wie König & Ehardt den Buchdruckern 2 Mk. gewährt, ließ aber diesen Lohnsatz trotz Einführung der neunstündigen Arbeitszeit bestehen.

Bei dem Streik des Personals des General-Anzeigers in Würzburg waren die Streikenden mit zugerufenen Streikbrechern in Konflikt geraten. Ein Steindrucker und ein Schloffer, die sich daran beteiligten, wurden jetzt zu zwei bzw. drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der erstere hat drei Monate in Unterhüchungshaft verbracht. In Odruf in Th. erzielten die Seher der Buchdruckerei Lutz (Hür. Waldbote) durch eine dreistündige Arbeitsniederlegung die schriftliche Anerkennung des neuen Tarifs.

In Budweis legten sämtliche Kollegen der Firma F. Barisa die Arbeit nieder. Die nächste Veranlassung war die Neueinstellung eines Lehrlings, deren 7 bei 5 Gehilfen vorhanden sind.

In Laibach feierte am 10. Oktober Kollege Alois Majer sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum.

Briefe und Litteratur.

Unser Zweifel an der Notiz, daß der frühere Expedient des Hamburger Fremdenblattes Gelder unterschlagen und dann sich erschossen habe, war ein berechtigter. Die Nachricht ist vollständig erlogen. Der Herr Meyer hat seine Stelle wegen Kränklichkeit und wegen geschäftlicher Differenzen aufgegeben und sich ins Privatleben zurückgezogen. Die Nachricht scheint antisemitischen Ursprungs gewesen zu sein.

Das Saganer Wochenblatt beging am 8. Oktober das Fest seines hundertjährigen Bestehens.

An deutschen Zeitungen erscheinen zur Zeit in den Vereinigten Staaten Nordamerikas 802. Außer der deutschen sind noch 22 fremde Sprachen vertreten in 294 Zeitungen. An der Spitze stehen die skandinavischen Sprachen mit 118, dann folgt Französisch mit 58, Spanisch mit 39, Böhmisch mit 27, Polnisch mit 10, Holländisch mit 10, Hebräisch mit 7, Wallonisch mit 5 Zeitungen usw.

Bezirke, Klassen usw.

In Breslau hat die Polizei eine förmliche Jagd auf friedliche Männer und Frauen veranstaltet. Es sollte eine gefällige Zusammenkunft abgehalten werden, die vorsichtshalber als Versammlung angemeldet worden war. Ein paar Tage vor der Versammlung bedeutete ein Polizeikommissar dem betr. Lokalbesitzer, er werde die „Versammlung“ unter keinen Umständen dulden; wenn der Wirt am gedachten Tage sein Lokal nicht schloße, werde er das selbst besorgen. Als die Teilnehmer ankamen, fanden sie das Lokal geschlossen und in wie vor dem Haus eine große Anzahl Schußleute postiert, von denen sie energisch zum Weitergehen aufgefordert wurden. Auf den Einwand, die Versammlung sei ja polizeilich angemeldet und die Bezeichnung der Anmeldung zur Hand, meinten die Polizeibeamten lakonisch, die Versammlung gelte nur für den Saal, nicht für die Straße. Der Wirt gab nun sein Lokal frei, aber kaum hatte ein Teilnehmer ein paar Worte gesprochen, so wurde die „Versammlung“ aufgelöst und das Lokal geräumt. Nachdem dies geschehen und die Teilnehmer wie üblich als Gäste wieder eintreten wollten, wurden sie polizeilich daran gehindert und begaben sich in eine gegenüber liegende Lokal. Hier wurden Klavierunterhaltung, Gesänge und Deklamationen verboten, dagegen das Absingen der Melodien „Heil Dir im Siegertranz“ und „Ich bin ein Preuße“ gestattet, trotz untergelegtem veränderten Text, aber als die Marxellisten angestimmt werden sollte, da folgte das Verbot auf dem Fuße. Schließlich ging der Zug wieder in das inzwischen freigegebene frühere Lokal, wo endlich das gefällige Beisammensein stattfinden konnte.

In Schwabing wohnte ein neunzehnjähriger Metallarbeiter einer Wanderversammlung des sozialdemokratischen Vereins bei, lediglich als Hörer. Das hat er mit zwei Tagen Gefängnis zu büßen, weil in Bayern Minderjährige politischen Versammlungen nicht betwohnen dürfen.

Arbeiterbewegung.

Nachwirkungen des Maurerstreiks in Dresden. Ein Angeklagter hatten sich wegen Hausfriedensbruchs, Nötigung, ruhestörenden Lärmens und Beleidigung zu verantworten und wurden zu Gefängnisstrafen von ein bis zehn Monaten, insgesamt vier Jahren zwei Monaten verurteilt. — Das gegen einen Maurer auf sechs Wochen Gefängnis lautende Urteil — derselbe hatte den Streikbrechern gegenüber von Lumpengesindel gesprochen — wurde in der Berufungsinstanz auf zwei Wochen herabgesetzt.

Die Inhaber von vier Schußfabriken in Grotzsch glaubten ein Mittel gefunden zu haben, jede Forderung um Lohnzulage und jeden Streik ein für allemal hintanzuhalten. Sie legten den Arbeitern einen Revolver vor, worin diese sich verpflichten sollten, sich keiner Streikbewegung in Grotzsch anzuschließen, auch den Unternehmern mit der Forderung höherer Löhne nicht nahe zu kommen, event. 30 Mk. pro Mann zu zahlen, wenn sie sich vergessen sollten. Das Mittel ist höchst einfach. Nur schade, daß die Arbeiter sich lieber künftigen Liegen, als sich selbst den Sack zu schnüren, mit dem sie gebauen werden sollen.

Beendet ist der Ausstand der Spinner und Spinnerrinnen der Röhler Baumwollspinnereien. Eine Anzahl Spinner kehrten ihren Kampfesgenossen den Rücken und so mußten sich die übrigen entschließen, sich mit den von der Direktion vor dem Einigungsamte gemachten Zugeständnissen zu begnügen. Ferner beendet ist die Ausperrung der Stuhlmacher, Drechsler, Polierer usw. in Lauterberg. Das Verlangen, einen Revolver zu unterzeichnen, der die Verpflichtung enthält, aus dem Holz-

